



ZUWANDERUNG in Deutschland – wie geht es weiter? Dieser Frage stellten sich Hans-Jochen Vogel (2.v.l.) und Klaus Jürgen Bade (3.v.l.) gestern Abend beim Friedensgespräch, zu dem sie von Oberbürgermeister Hans-Jürgen Fip (links), Reinhold Mokrosch und Unipräsident Rainer Künzel (rechts) begrüßt wurden.  
Foto: Klaus Lindemann

NO 2, 30. 11. 01

# Freundlichkeit und ein Ja zum Grundgesetz

## Friedensgespräch mit Hans-Jochen Vogel und Klaus Jürgen Bade: Was wird aus der Zuwanderung?

**Auf den besonderen Reiz einer kontroversen Diskussion mussten die Zuhörer beim Friedensgespräch gestern Abend verzichten: Deutschland ist ein Zuwanderungsland und auf Zuwanderung angewiesen – da gab es zwischen Prof. Dr. Klaus J. Bade und Dr. Hans-Jochen Vogel in der Schlossaula 100-prozentige Übereinstimmung.**

Bade, Vorstand des Institutes für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) an der Uni Osnabrück, bezeichnete die bayerische Definition, Deutschland sei kein klassisches Einwanderungsland als

„Nonsens-Dementi“. Deutschland sei wie alle europäischen Staaten ein modernes Einwanderungsland, dessen Wirtschaft und Kultur durch Immigration mitbestimmt würden. Und bei diesem Prozess würden Alleinwohner und Zuwanderer gleichermaßen verändert.

Vogel, Bundesjustizminister a.D. und stellvertretender Vorsitzender der Zuwanderungskommission der Bundesregierung, beschrieb, was bei diesem Prozess von beiden Seiten verlangt wird: „Bei der Integration ist von uns Toleranz und Freundlichkeit verlangt.“ Und ohne die Leitkulturdebatte aufgreifen zu wollen, ver-

lange er vom Zuwanderer, dass er das Grundgesetz und die ihm zu Grunde liegenden Werte akzeptiert. Das schließe neben der Rechtsordnung die Sprache mit ein. Das bedeute auch, Zuwanderer wieder in ihre Heimat zu schicken, wenn sie zum Beispiel die Errichtung eines islamischen Gotteshauses betrieben, räumte Vogel auf Nachfrage eines Zuhörers ein.

Durch die Sicherheitsgesetzgebung nach den Terroranschläge vom 11. September, dürfe die Integration nicht erschwert werden. Zuwanderer, so Bade, bräuchten weiterhin die Sicherheit für die Entwicklung von Lebensperspektiven.

Der Gesetzgeber müsse Migranten deutlich machen: „Ihr bleibt willkommen und seid nicht gemeint.“ So sei zum Beispiel kritisch zu betrachten, wenn die Religionszugehörigkeit zum Kriterium einer Rasterfahndung gemacht würde.

Vogel warb allerdings auch dafür, die Sorgen der einheimischen Bevölkerung aufzunehmen: „Man muss sie nicht nachplappern, aber man muss sie ernst nehmen.“ Zustimmung zur notwendigen Zuwanderung schaffe man jedoch nur, wenn auch der Abbau der Arbeitslosigkeit weiter als Ziel der Politik ernsthaft verfolgt werde.

Vogel hält es für wahrscheinlich, dass der momentan diskutierte Entwurf eines Zuwanderungsgesetzes den Bundestag passiere, „auch ohne Vertrauensfrage“. Der 75-Jährige warnte allerdings davor, das Thema in den Wahlkampf zu ziehen: „Wer das vor hat, sollte diese Absicht auch am christlichen Menschenbild prüfen.“ Wer Fremde aufgenommen habe, habe nach Matthäus gute Aussichten beim jüngsten Gericht, so Vogel: „Ich empfehle allen, die vom christlichen Menschenbild reden, auch ans jüngste Gericht zu denken.“ (swa)